

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

69. Sitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.09.2022	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:32 Uhr	
Sitzungsort:	Drägerforum, Finkenberg 33, 23558 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	ab 16:35 Uhr	
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Christopher Lötsch - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender		
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat		öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Nicholas Benz - FBC FB 5	bis 18:34 Uhr
Daniel Blank - FBC FB 2	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Marion Höfs - FBC FB 4	bis 18:30 Uhr
Ronny Hopp - FBC FB 1	bis 18:30 Uhr
Thomas Manke - Strategie und Innovation	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Annika Neuwirth - 1.201 Haushalt und Steuerung	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Petra Poltrock - FBC FB 3	bis 18:30 Uhr
Markus Toll - FBC FB 5	bis 18:30 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Aiko Wagner - FBC FB 4	bis 18:34 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.08.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.08.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)	
3.2	Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)	
3.3	Aktuelle Lage Energieeinsparungen (Bgm)	
3.4	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023	VO/2022/11420
3.4.1	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) gemäß §16GO: Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023	VO/2022/11420-01
3.5	Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsatzsteuer auf bestimmt kommunale Leistungen	VO/2022/11423
3.6	AM Dr. Axel Flasbarth u. AM André Kleyer (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Reduzierung von Kita-Beiträgen in Lübeck	VO/2022/11437
4	Berichte	
4.1	2. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2022	VO/2022/11412
4.2	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen	VO/2022/11381
4.3	Zwischenstandsbericht Jugendverkehrsschule	VO/2022/11129
4.4	Jugendtreff auf Marli	VO/2022/11130
4.5	Abschlussbericht zur Evaluation der Streetwork	VO/2022/11131
4.6	Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke	VO/2022/11341
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2023	VO/2022/11299

5.2	Haushaltspläne der Stiftungen HdJ-HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT-LA für das Haushaltsjahr 2023	VO/2022/11262
5.3	Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	VO/2022/11134
5.4	Wirtschaftsplan der EBL 2023	VO/2022/11315
5.5	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2023	VO/2022/11294
5.6	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021	VO/2022/11364
5.7	Änderung der im Generalpachtvertrag festgesetzten Pacht- höhe zum 01.11.2022	VO/2022/11133
5.8	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
5.9	3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Ent- wässerungssatzung der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11313
5.10	1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Stra- ßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 und des dazugehörigen Straßenverzeich- nisses	VO/2022/11314
5.11	2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lü- beck über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11361
5.12	Konzept zur Neu-Aufstellung der Erinnerungskultur in Lü- beck	9/07965-01-01-02
5.13	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für die Produkte Entgel- termäßigung Kindertagesbetreuung, Tagespflege und Pla- nung und Bezuschussung KiTa	VO/2022/11344
5.14	Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Marli	VO/2022/11132
5.15	Projektfreigabe Breite Straße in der Hansestadt Lübeck 2023 - investiv	VO/2022/11072
5.16	Projektfreigabe: "Ertüchtigung Einleitstellen - Vorderreihe" in HL-Travemünde	VO/2022/11395
5.17	Fortführung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2	VO/2022/11304
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer Bettensteu-	VO/2022/11237

	er/Kulturabgabe	
6.2	FDP: Prozess der Aufgabenkritik wieder aufnehmen	VO/2022/11326
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-04
7.2	AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-06
7.3	FREIE WÄHLER & GAL: Betrieb einer Eisbahn durch die Stadtwerke Lübeck GmbH	VO/2022/11403
7.4	AM Birte Duggen u. AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Energie sparen in Lübeck	VO/2022/11427
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	
16.1	Abstimmung zur Vorlage unter TOP 5.6: Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Für die heutige Sitzung ist die Beratung zum konsumtiven Teil des Haushalts vorgesehen. Die Beratungen zum investiven Teil erfolgen in der morgigen gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss.

Der Vorsitzende unterbreitet in diesem Zusammenhang den Vorschlag, die Beratung des TOP 5.1/Haushalt vorzuziehen und direkt im Anschluss nach TOP 2 vorzunehmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig dem Verfahrensvorschlag zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.4.1/VO 11420-01 Antwort auf die Anfrage von AM Dr. Flasbarth: Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023

NEU TOP 3.6/VO 11437 Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth/AM André Kleyer: Reduzierung von Kita-Beiträgen in Lübeck

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Standard-TOP zur Coronalage zukünftig nur noch jede zweite Sitzung oder bei Bedarf wieder auf die Tagesordnung genommen wird.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner letzten Sitzung am 23.08.22 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

1. Der Hauptausschuss stimmt der Fortsetzung des Projektes „BW 005 Mühlentorbrücke, Bau einer Behelfsbrücke“ mit Mehrkosten in Höhe von 440.000 Euro zu.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „Fahrbahnsanierung der Geniner Straße“ mit Mehrkosten von 252.000,00 EUR fortzusetzen.
3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „grundhafte Fahrbahnsanierung des Moltkeplatzes“ mit größerem Umfang und damit verbundenen Mehrkosten von 845.000,00 EUR fortzusetzen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu den Vorlagen unter den Tagesordnungspunkten 4.6, 5.8 und 5.15 noch die Beratung in den Fachausschüssen ausstehe und beantragt daher die Vertagung der Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu TOP 4.6, 5.8 und 5.15 zu.

Zu TOP 6.1 kündigt der Vorsitzende an, dass hierzu in der gestrigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses eine Umformulierung in einen Prüfauftrag erfolgt sei.

Frau Senatorin Hagen weist darauf hin, dass zu den Tagesordnungspunkten 7.1 und 7.2 noch eine Beratung im Bauausschuss ausstehe.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung zu TOP 7.1 und TOP 7.2 und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu TOP 7.1 und 7.2 zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

AM Duggen bittet um eine Begründung für die vorgesehene nichtöffentliche Beratung der Vorlage unter TOP 14.1.

Es spricht AM Lengen.

Herr Bürgermeister Lindenau gibt eine Begründung für die vorgesehene nichtöffentliche Beratung.

AM Dr. Flasbarth unterbreitet den Vorschlag der Splittung der Beratung in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil.

Es spricht erneut Herr Bürgermeister Lindenau.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Bürgermeister hat um die Teilnahme von

- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
 - Herrn Uhlig, Bereichsleitung Haushalt und Steuerung
 - Herrn Beyer, Bereich Haushalt und Steuerung
- gebeten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme von Herrn Groth, Herrn Uhlig und Herrn Beyer am nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Tagesordnung zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.08.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.08.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)

Herr Bürgermeister Lindenau gibt einen Überblick über die aktuelle Lage Coronavirus. Der 7-Tage-Inzidenzwert liege in Lübeck bei etwas über 200. Sorge bestehe über die Verschärfung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bedingt durch eine Änderung in der Definition des Status „vollständig geimpft“. Vor dem Hintergrund der überarbeiteten Vorgaben des Landes erfolgen regelmäßige Begehungen der Testzentren. Beanstandungen konnten bisher nicht festgestellt werden, sondern vielmehr eine gute Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 3.2 Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass in den nächsten Monaten mit steigenden Zuweisungszahlen zu rechnen sei.

Das Land sei bemüht zusätzliche Kapazitäten aufzubauen, bat aber auch die Kommunen um entsprechende Erhöhung ihrer Kapazitäten. Es können nicht ausgeschlossen werden, dass auch wieder Notunterkünfte ausgeweitet werden müssen. Gegenwärtig seien noch circa 100 Personen in Notunterkünften untergebracht. Eine Vorlaufzeit der Zuweisungen von mehr als zwei Tagen wurde zugesichert.

Eine verlässliche Datenbasis, wie viele Geflüchtete in welchen Bereichen des Landes untergebracht seien, gebe es gegenwärtig nicht. Die Zahlen des Landes weichen deutlich von den Zahlen ab, welche durch die Kommunen selbst erfasst wurden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Aktuelle Lage Energieeinsparungen (Bgm)

Bezugnehmend auf den vorgestellten umfangreichen Maßnahmenkatalog zu Energieeinsparmaßnahmen auf kommunaler Ebene teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass nach erfolgter Prüfung von einer Änderung der Dienstvereinbarung „Flexible Arbeitszeiten“ abgesehen werde, da der Effekt der Energieeinsparungen in keinem positiven Verhältnis mit dem Aufwand stehe. Die Umsetzung der weiteren vorgestellten Maßnahmen finde statt.

Darüber hinaus teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass er mit den Stadtwerken dahingehend übereingekommen sei, dass eine Umsetzung des Eisvergnügen auf dem Marktplatz nicht erfolge. Alternative Veranstaltungen werden mit den Stadtwerken demnächst erörtert. Ebenso werde von der Umsetzung der Eisbahn auf dem Kinderweihnachtsmarkt abgesehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023

**zu 3.4.1 Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) gemäß §16GO: Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023
Vorlage: VO/2022/11420-01**

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth insbesondere hinsichtlich der Höhe der bereits erzielten Klimaeinsparungen verweist Herr Senator Hinsen auf eine hierzu vorgestellte Präsentation im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. Herr Senator Hinsen sagt zu, die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsatzsteuer auf bestimmt kommunale Leistungen
Vorlage: VO/2022/11423**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 AM Dr. Axel Flasbarth u. AM André Kleyer (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Reduzierung von Kita-Beiträgen in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11437**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 2. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2022
Vorlage: VO/2022/11412**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VO/2022/11381**

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - AM Dr. Flasbarth, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Uhlig zu den Einsparungen bei den IT-Maßnahmen, sowie zu freiwilligen Leistungen als Konsolidierungskommune.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Zwischenstandsbericht Jugendverkehrsschule
Vorlage: VO/2022/11129**

Herr Bürgermeister Lindenau informiert darüber, dass vor dem Hintergrund der länger andauernden politischen Beratungen eine Vergabe der Bauleistungen im Herbst nicht mehr sichergestellt werden könne und es folglich zu einer Verzögerung der Umsetzung kommen könne.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 4.4 Jugendtreff auf Marli
Vorlage: VO/2022/11130**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 4.5 Abschlussbericht zur Evaluation der Streetwork
Vorlage: VO/2022/11131**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.6	Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke Vorlage: VO/2022/11341
---------------	--

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Haushalt 2023 Vorlage: VO/2022/11299
---------------	---

- die Beratung zu diesem TOP erfolgt im Anschluss an TOP 2 –

Der Vorsitzende erläutert den Ablauf der Haushaltsberatung. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses erfolge die Beratung zum konsumtiven Teil.

Herr Uhlig stellt die wesentlichen Aspekte des Haushaltentwurfes anhand einer ppt.-Präsentation wie folgt vor:

1. *Vorstellung des Haushaltentwurfes zum gesamtstädtischen Teil*

Herr Uhlig gibt zunächst einen Überblick zum gesamtstädtischen teil und eröffnet anschließend die Fragerunde zum Gesamthaushalt.

2. *Fragen zum Gesamthaushalt:*

AM Rathcke spricht zur steigenden Entwicklung des Personalbestandes. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die zusätzlichen Stellen für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben erforderlich seien.

AM Rathcke merkt an, dass die Stadt Rostock mit deutlich weniger Personal auskomme. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die u.a. auf die unterschiedlichen Strukturen und Anforderungen, wie zum Beispiel durch die Ausgliederung von Aufgaben zurückzuführen sei.

AM Dr. Flasbarth bittet um Prüfung und Darlegung, warum die Stadt Rostock mit deutlich weniger Personalstellen auskomme.

Auf Nachfrage von Herrn Schaafberg betreffend die Besetzung von Stellen führt Herr Uhlig erläuternd aus, dass davon ausgegangen werde, dass keine sofortige Besetzung von neuen Stelen erfolge und daher die Finanzen für diese nur für ein halbes Jahr geordnet werden.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth betreffend flexibler Deskbords verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf ein Pilotprojekt, weist jedoch auch auf vorhandene Grenzen, wie zum

Beispiel durch Datenschutzanforderungen, erforderliche Personalratszustimmung, IT-technische Anforderungen und spezielle Möblierungen hin.

3. *Fachbereichsweise Fortführung der Präsentation durch Herrn Uhlig*

a) Finanzen des Fachbereichs Bürgermeister:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 1:

Auf Nachfrage des AM Prieur betreffend die Budgeterhöhung für die Verwaltungsleitung führen Herr Uhlig und Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass diese vorrangig auf interne Umstrukturierungen zurückzuführen seien. AM Prieur bittet um Erhalt einer Aufstellung, aus welcher sich die Gründe für die Budgetsteigerung ergeben.

Auf Nachfrage führt Herr Bürgermeister Lindenau im Weiteren aus, dass eine Open-Source-Nutzung derzeit insbesondere aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erfolge.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth, wie viele der Stellen bei der Informationstechnik den Aufgabenbereich Smart City betreffen, führt Herr Uhlig erläuternd aus, dass sieben Stellen für Smart City vorgesehen seien, fünf weitere Stellen betreffen die Organisation der Technik im Bereich Informationstechnik. AM Dr. Flasbarth bittet zudem um eine transparente Darstellung der im Rahmen von „Smart City“ bereits getätigten Investitionen. Herr Bürgermeister Lindenau sagt die Erstellung einer Übersicht zu den bisher eingeworbenen und ausgegebenen Fördermitteln zu.

Auf Nachfrage des AM Rathcke zu den Entlastungen in den einzelnen Fachbereichen durch die vorgenommene Zentralisierung von Lizenzen von den jeweiligen Bereichen hin zum Bereich Informationstechnik, verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf die Budgetübersicht.

AM Dr. Flasbarth nimmt Bezug auf Shared-Desk-Arbeitsmodelle in den Landesministerien. Herr Bürgermeister Lindenau führt daraufhin erläuternd aus, dass in der Stadtverwaltung tendenziell von Einzelbüros hin zu Büros mit mehreren Arbeitsplätzen umgesteuert werden. Darüber hinaus seien Multifunktionsflächen eingerichtet. Allerdings sei eine Umsetzung solcher Arbeitsplatzvarianten nicht in allen Bereichen möglich, unter anderem im Gesundheitsamt. Zudem finden Shared-Desk-Arbeitsplätze eine geringe Akzeptanz bei den Personalräten und setzen hohe Investitionen voraus. Daher werde derzeit verstärkt das Thema Homeoffice umgesetzt.

b) Fachbereich 2:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 2:

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth zum Hintergrund der in der Kernverwaltung abgebildeten zwei Stellen für die Senior:innen-Einrichtungen führt Herr Uhlig erläuternd aus, dass diese mit der Aufgabe der strategischen Steuerung betraut seien.

AM Dr. Flasbarth bittet zudem um Mitteilung, wo im Haushalt die Kosten für die Planung von neuen Gebäuden der Senior:innen-Einrichtungen abgebildet seien. Die Nachlieferung einer Antwort wird zugesagt.

c) Fachbereich 3:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 3:

Auf Nachfrage des AM Simon betreffen die Rückstände bei den Abrechnungen des Rettungsdienstes erläutert Herr Senator Hinsin die Hintergründe hierfür, insbesondere weshalb derzeit noch eine manuelle Erfassung erfolge. Bis Ende des Jahres werde eine signifikante

Verbesserung erwartet. Herr Uhlig führt zudem aus, dass die entsprechenden Erträge in dem jeweiligen Jahr veranschlagt wurden.

d) Fachbereich 4:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 4:

AM Prieur verweist darauf, dass die Grafik zu den Zuschussbudgets beim Controlling des Fachbereiches den größten Anteil aufweise und bittet um Erläuterung hierzu. Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass es sich hierbei vermutlich um den Zuschuss für die MUK handle. Eine genaue Klärung wird zugesagt.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth betreffend den stark steigenden Aufwand bei der Kitafinanzierung teilt Frau Senatorin Frank mit, dass derzeit noch in der Ausbausituation erfolge. Die Anteile für die Ausbausituation seien vollständig durch die Kommune zu tragen.

e) Fachbereich 5:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 5:

AM Simon bittet um Mitteilung, welchen prozentualen Anteil die dargestellten 4,5 Millionen Euro Mehrkosten für Energie bezogen auf 2022 ausmachen. Herr Uhlig teilt zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung hierzu mit, dass dies Mehrkosten in Höhe von 57,8% seien.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Uhlig für die Präsentation des Haushaltentwurfes 2023.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum passieren an die Bürgerschaft zu lassen.

Anmerkung zu Protokoll:

Eine Übersicht mit den zur Beantwortung offen gebliebenen Fragen und den zwischenzeitlich vorliegenden Antworten ist der Niederschrift zu diesem TOP als Anlage beigefügt.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2023, bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
den Ergebnis- und Finanzplänen gesamt und je Produkt	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten Anlage 5

werden zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2023 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

3. Ergänzend werden der Abschluss der Maßnahmen zur Haushalts-

konsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag und weitere Konsolidierungsmaßnahmen

Anlage 6a
Anlage 6b

wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt

Anlage 7

beschlossen.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 120 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 1.034.539.800 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 1.032.716.400 EUR
einen Jahresüberschuss von 1.823.400 EUR
einen Jahresfehlbetrag von

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 995.440.800 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 963.723.200 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 155.060.600 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 189.481.200 EUR

festgesetzt.

(Stand: 15.08.2022)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 68.000.300 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 59.535.000 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 295.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf 4.077,208

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2023 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2022 (3.949,246 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2023 um die sich aus der

Anlage 3

ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 festgesetzt: 4.077,208 Planstellen.

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil: (nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 5.2 Haushaltspläne der Stiftungen HdJ-HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT-LA für das

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2023** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Haus der Jugend

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	71.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	71.900	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

2. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.501.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.074.300	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	573.100	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.393.000	EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.575.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.100	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	29.500	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

3. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	286.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	494.700	EUR
einen Jahresüberschuss von	0	EUR
einen Jahresfehlbetrag von	208.700	EUR
2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	285.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	493.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.300	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

4. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	22.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	23.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	1.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	22.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	23.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

5. für die Stiftung Kriegsopferdank

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	600.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	808.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	207.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	600.300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	717.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	115.700	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR

3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 0 EUR

6. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 229.600 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 213.000 EUR
einen Jahresüberschuss von 16.600 EUR
einen Jahresfehlbetrag von 0 EUR

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 229.600 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 183.400 EUR

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 30.700 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 16.600 EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 0 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 0 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 0 EUR

7. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 16.033.700 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 10.972.000 EUR
einen Jahresüberschuss von 5.061.700 EUR
einen Jahresfehlbetrag von 0 EUR

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 9.628.900 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 2.427.200 EUR

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstä-

tigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	6.329.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	3.238.400	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

8. für die Stiftung Lübecker Altstadt

I.

1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.200	EUR
einen Jahresüberschuss von	0	EUR
einen Jahresfehlbetrag von	300	EUR
2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	900	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.3 Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2022/11134

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2023 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan		
die Erträge	Euro	4.020.000
die Aufwendungen	Euro	5.470.000
die Verlustzuweisung	Euro	1.450.000

1.2 Im Vermögensplan		
die Einzahlungen	Euro	1.445.000
die Auszahlungen	Euro	1.445.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungs- maßnahme auf	Euro	0
---	-------------	----------

2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	Euro	0
--	-------------	----------

2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	Euro	900.000
--	-------------	----------------

	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.4 Wirtschaftsplan der EBL 2023 Vorlage: VO/2022/11315
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Für den Wirtschaftsplan 2023 der Entsorgungsbetriebe Lübeck werden festgesetzt:

1.1 in der Erfolgsübersicht	die Erträge	123.596.812,00
	die Aufwendungen	108.957.238,00
	das Jahresergebnis	14.639.574,00

1.2 im Vermögensplan	die Einnahmen	64.764.877,00
	die Ausgaben	64.764.877,00

1.3 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	27.346.028,00
---	---------------

1.4 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	40.851.000,00
---	---------------

1.5 der Höchstbetrag der Kassenkredite	15.000.000,00
--	---------------

2. Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2023 festgestellt.
Sie ist dieser Vorlage in zusammengefasster Form beigelegt.

3. Der Wirtschaftsplan und seine Bestandteile werden zur Kenntnis genommen.

- Vorbericht
- Erfolgsplan
- Erfolgsübersicht
- Vermögensplan
- Finanzplan
- Investitionsplan
- Frauenförderplan

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

als Empfehlung an die Bürgerschaft	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr
2023
Vorlage: VO/2022/11294**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge von **3.030.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von **3.030.000 €**
- einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von **0 €**

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.865.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.822.900 €**
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **0 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzstätigkeit **12.100 €**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.6 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021
Vorlage: VO/2022/11364

AM Rathcke spricht zu ausstehenden Forderungen der Senior:innenEinrichtungen, welche aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hervorgehen. Der Vorsitzende weist drauf hin, dass zu Berichten des Rechnungsprüfungsamtes nichtöffentlich zu beraten sei

Es spricht AM Dr. Flasbarth.

Herr Bürgermeister Lindenau appelliert daran, dass Mitglieder des Hauptausschusses und der Bürgerschaft für eine entsprechende Kommunikation in der Öffentlichkeit verantwortlich seien.

Im weiteren führt Herr Bürgermeister Lindenau klarstellend aus, dass die städtischen Senior:innenEinrichtungen nicht die teuerste in Lübeck seien. Zudem liege die Qualität der städtischen Senior:inneneinrichtungen nach Bewertung durch die Pflegekassen ganz oben.

Für weitere Diskussionen zu diesem TOP verweist der Vorsitzende auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einer Bilanzsumme von € 5.901.082,00, einem Jahresfehlbetrag von € 1.682.630,53 und einem Bilanzverlust von € 1.668.137,93 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2021 in Höhe von € 1.668.137,93 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.7 Änderung der im Generalpachtvertrag festgesetzten Pachthöhe zum 01.11.2022
Vorlage: VO/2022/11133

Auf Nachfrage des AM Rathcke betreffend die in der Vorlage genannten fünf Dauerbewohner führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass es sich hierbei um Bestandschutzverträge aus den 60er-Jahren handle.

Beschluss:

- 1a Die Pacht für Kleingärten im Rahmen des Generalpachtvertrages wird festgesetzt auf EUR 0,24 / qm p.a.
- b Die für die Aufgabenerledigung des Kreisverbandes und der Kleingärtnervereine entstehenden Kosten werden pauschal in Höhe von 10% der Gesamtpacht weiterhin dauerhaft erstattet. Die Erstattung der Verwaltungskosten ist aus wichtigem Grund gem. § 314 BGB kündbar, insbesondere wenn die Mittel zweckwidrig verwandt werden oder die Bürgerschaft eine Kürzung oder Streichung der Verwaltungskostenerstattung beschließt.
- c Für den Fall der Aufhebung der Kostenerstattung oder deren anteiliger Kürzung ist die Pacht entsprechend anteilig zu reduzieren und der Kreisverband bzw. die Vereine sind berechtigt, die wegfallende Verwaltungskostenerstattung als Zwischenpächterzuschlag bis zur zulässigen Höchstpacht zu erheben.

2 Das Nutzungsentgelt für die geduldeten Dauerbewohner (derzeit 5) wird wie folgt festgesetzt:

vom 1.11.2022 bis 31.10.2023 EUR 322,00 / Monat
vom 1.11.2023 bis 31.10.2024 EUR 332,00 / Monat
vom 1.11.2024 bis 31.10.2025 EUR 342,00 / Monat
vom 1.11.2025 bis 31.10.2026 EUR 352,00 / Monat
vom 1.11.2026 bis 31.10.2027 EUR 362,00 / Monat
vom 1.11.2027 bis 31.10.2028 EUR 372,00 / Monat

3 Die Laufzeit für die Erhöhung der Pacht und des Nutzungsentgeltes beträgt 6 Jahre (01.11.2022 bis 31.10.2028). Danach werden die Pacht und das Nutzungsentgelt neu verhandelt.

4 Der Beschlussvorschlag gilt für die Kleingärten der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital entsprechend.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.8 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde
Vorlage: VO/2022/11168**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 5.9 3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11313**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die 3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (Entwässerungsgebührensatzung) der Hansestadt Lübeck (Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.10 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 und des dazugehörigen Straßenverzeichnisses
Vorlage: VO/2022/11314**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 und das als Anlage 1a beigefügte Straßenverzeichnis werden beschlossen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.11 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11361**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck (Anlage 1) wird beschlossen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.12 Konzept zur Neu-Aufstellung der Erinnerungskultur in Lübeck
Vorlage: 9/07965-01-01-02**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Ausgehend von dem vorliegenden Grundlagenkonzept (Anlage 2) stimmt die Bürgerschaft auf Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege im ersten Entwicklungsschritt ab 2023 der Einrichtung einer Stabsstelle „Erinnerungskultur“ im Fachbereich 4 Bildung und Kultur bei den Fachbereichsdiensten 4.041.4 Kulturbüro zu.
2. Zum Aufbau einer zeitgemäßen Neuausrichtung und zur dauerhaften Fortführung der Erinnerungskultur in der Hansestadt Lübeck sind Personal-Ressourcen mit insgesamt 1,5 VZÄ Planstellen (1,0 VZÄ * Wissenschaftlicher MA EG 13 ab 2023 sowie 0,5 VZÄ Verwaltungssachbearbeitung EG 9c ab 2024) und die erforderlichen Sachmittel zur Ko-Finanzierung und für digitale Vermittlungsstrategien erforderlich.
3. Aufgrund des bereits abgeschlossenen Haushaltsverfahrens 2023 wird die EG 13 Stelle interimswise für diesen Zeitraum aus dem zentralen Stellenpool der Hansestadt Lübeck zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der Sachkosten für 2023 erfolgt im Rahmen der laufenden Budgetbewirtschaftung. Im Rahmen des Stellenplan- und Haushaltsverfahrens 2024 werden dann die Personal- und Sachkosten geordnet und zur Verfügung gestellt (Anlage 3).
4. Diese:r Wissenschaftler:in berät, bündelt, vernetzt und koordiniert die erinnerungs-kulturellen Initiativen in der Stadt. Sie/er setzt innovative inhaltliche Impulse, regt neue Formate des Gedenkens und Zugänge zur Erinnerung an. Sie / er sichert das Engagement der heute Aktiven für die Zukunft, motiviert neue Akteur:innen und erreicht

neue Zielgruppen.

5. Für die Realisierung des Gesamtkonzepts bzw. der darin vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen inklusive digitaler Vermittlungsstrategien werden spätestens ab dem Hj. 2024 Drittmittel eingeworben werden.
6. Die Erinnerung an die Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts und die Lehren daraus benötigen eine Mitte und eine Säule. Zur Festigung der demokratischen Kultur soll daher ein für alle Lübecker:innen und Lübeck-Besucher offener Vermittlungsort in zentraler Erreichbarkeit, in Nähe zu Gedenkort, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik, Kultur- und Bildungsinstitutionen eingerichtet werden. Hierzu ist durch das „Büro für Erinnerungskultur“ ein Umsetzungskonzept zu erstellen.
7. Der Bürgermeister wird gebeten, im ersten Quartal 2024 zu berichten, in welchen Schritten die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden konnten und welche weiteren Schritte zur Entwicklung einer zeitgemäßen Erinnerungskultur nötig sind, welche finanziellen Folgewirkungen diese haben und welche Drittmittel hierfür eingeworben werden können.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.13 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für die Produkte Entgeltermäßigung Kindertagesbetreuung, Tagespflege und Planung und Bezuschussung KiTa
Vorlage: VO/2022/11344**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden gem. § 82 Abs. 1 GO folgende zusätzliche Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2022 überplanmäßig bereitgestellt:

Produkt 361001 – Entgeltermäßigung Kindertagesbetreuung	
Mehrbedarf 5331001 – Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	523.000 €
Deckung aus 6611001.4111000 – Steuern, allg. Zuweisungen allg. Umlagen – Schlüsselzuweisungen vom Land	523.000 €

Produkt 361003 – Kindertagespflege	
Mehrbedarf 5318001 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	95.000 €
Mehrbedarf 5331001 – Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	391.800 €
Deckung aus 4141000 – Zuw. u. Zusch. v. Land (unechte Deckung gem. § 21 GemHVO-Doppik)	301.800 €
Deckung aus 6611001.4111000 – Steuern, allg. Zuweisungen allg. Umlagen – Schlüsselzuweisungen vom Land	185.000 €

Produkt 365001 – Planung und Bezuschussung Kita	
--	--

Mehrbedarf 5318001 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	8.060.100 €
Mehrbedarf 5452000 – Erstattungen an Gemeinden	170.300 €
Deckung aus 4141000 – Zuw. u. Zusch. v. Land (unechte Deckung gem. § 21 GemHVO-Doppik)	7.136.700 €
Deckung aus 4482000 – Kostenerstattungen von Gemeinden	280.800 €
Deckung aus 6611001.4111000 – Steuern, allg. Zuweisungen allg. Umlagen – Schlüsselzuweisungen vom Land	812.900 €

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.14 Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Marli Vorlage: VO/2022/11132
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt im Anschluss an die Vorlagen Zwischenstandsbericht Jugendverkehrsschule (VO/2022/11129), Jugendtreff auf Marli (VO/2022/11130) und Abschlussbericht zur Evaluation der Streetwork (VO/2022/11131) die offene Kinder- und Jugendarbeit auf Marli weiterzuentwickeln.
2. Ein Jugendtreff am Standort Meesenring soll eingerichtet werden. Die Finanzierung von 2,0 Vollzeitstellenäquivalenten (VZÄ) für den Betrieb der Einrichtung soll hälftig aus bestehenden Personalressourcen der städtischen Jugendarbeit sowie der Streetwork erfolgen. Dazu wird der Bürgermeister beauftragt, mit dem Internationalen Bund (IB) als Träger der Streetwork die Reduzierung um 1,0 VZÄ im laufenden Budgetvertrag zu verhandeln. Der Bereich 4.513 Jugendarbeit – Jugendamt stellt 1,0 VZÄ aus bestehenden Personalressourcen bereit. Eine Haushaltsausweitung im Stellenplan findet nicht statt.
3. Die bisher geplante Jugendverkehrsschule am Standort Meesenring soll in der Nutzung um einen Jugendtreff erweitert werden. Hieraus ergibt sich eine Erhöhung des Gesamtprojektvolumens im investiven, hochbaulichen Teil von 260 TEUR auf 650 TEUR. Die investiven Kosten sowie die Fördermittel für die Hochbaumaßnahme werden für den Haushalt 2023 durch den Bereich 5.651 Gebäudemanagement haushalterisch geordnet. Die Ausstattungen / Betriebsvorrichtungen in Höhe von 50 TEUR, werden durch den Bereich 4.513 im Haushaltsverfahren 2024 geordnet.
4. Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, die Oberflächen der Jugendverkehrsschule herzurichten. Die Oberflächen und Außenanlagen der Jugendverkehrsschule sollen vollflächig saniert und umgestaltet werden. Die Kosten belaufen sich nach einer vorläufigen Kostenschätzung der KWL inkl. Baunebenkosten auf ca. 450 TEUR brutto. Die Finanzierung erfolgt aus konsumtiven Mitteln (**Die Entscheidung trifft der Hauptausschuss**).

5. Dem Jugendhilfeausschuss ist regelmäßig über den Fortschritt der Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.15 Projektfreigabe Breite Straße in der Hansestadt Lübeck 2023 - investiv
Vorlage: VO/2022/11072**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 5.16 Projektfreigabe: "Ertüchtigung Einleitstellen - Vorderreihe" in HL-Travemünde
Vorlage: VO/2022/11395**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Projektfreigabe für die Ertüchtigung der Einleitstellen in der Vorderreihe, Lübeck-Travemünde zu erteilen. Mit der Baumaßnahme kann begonnen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.17 Fortführung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2
Vorlage: VO/2022/11304**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2 fortzufahren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer Bettensteuer/Kulturabgabe
Vorlage: VO/2022/11237**

AM Krause berichtet aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses und verliest folgenden durch den Wirtschaftsausschuss formulierten Änderungsantrag:
Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einführung einer einheitlichen Bettensteuer/Kulturabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet zu prüfen. In die Prüfung ist auch die Erhebung der Bettensteuer/Kulturabgabe für Geschäftsreisenden einzubeziehen.

Die Erhebung der Kurtaxe in Travemünde müsste entfallen. Der Bürgermeister wird daher beauftragt, bei der Prüfung zu berücksichtigen, ob die an die Kurtaxe gebundenen Finanzierungen und Projekte auch nach der Einführung der Bettensteuer/Kulturabgabe weiterhin aufrecht erhalten werden können. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme Travemündes an der Ostseecard, die Finanzierung des Kurbetriebs Travemünde und das Mobilitätsprojekt "Unbeschwert unterwegs".

Der Bürgerschaft sind in einem Zwischenschritt rechtzeitig verschiedene Varianten der Bettensteuer/Kulturabgabe bzgl. Steuersatz und Aufkommen zur Entscheidung vorzulegen.

Der Vorsitzend lässt über den Antrag in der geänderten Fassung des Wirtschaftsausschusses abstimmen.

Beschluss:

~~Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einführung einer einheitlichen Bettensteuer/Kulturabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet zum 01.05.2023 vorzubereiten. Die Bettensteuer/Kulturabgabe soll auch für Geschäftsreisende gelten.~~

~~Die Erhebung der Kurtaxe in Travemünde entfällt dafür. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die an die Kurtaxe gebundenen Finanzierungen und Projekte auch nach~~

der Einführung der Bettensteuer/Kulturabgabe weiterhin aufrecht erhalten werden. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme Travemündes an der Ostseecard, die Finanzierung des Kurbetriebs Travemünde und das Mobilitätsprojekt "Unbeschwert unterwegs".

Der Bürgerschaft sind in einem Zwischenschritt rechtzeitig verschiedene Varianten der Bettensteuer/Kulturabgabe bzgl. Steuersatz und Aufkommen zur Entscheidung vorzulegen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einführung einer einheitlichen Bettensteuer/Kulturabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet zu prüfen. In die Prüfung ist auch die Erhebung der Bettensteuer/Kulturabgabe für Geschäftsreisenden einzubeziehen.

Die Erhebung der Kurtaxe in Travemünde müsste entfallen. Der Bürgermeister wird daher beauftragt, bei der Prüfung zu berücksichtigen, ob die an die Kurtaxe gebundenen Finanzierungen und Projekte auch nach der Einführung der Bettensteuer/Kulturabgabe weiterhin aufrecht erhalten werden können. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme Travemündes an der Ostseecard, die Finanzierung des Kurbetriebs Travemünde und das Mobilitätsprojekt "Unbeschwert unterwegs".

Der Bürgerschaft sind in einem Zwischenschritt rechtzeitig verschiedene Varianten der Bettensteuer/Kulturabgabe bzgl. Steuersatz und Aufkommen zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis in geänderter Fassung als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2 FDP: Prozess der Aufgabenkritik wieder aufnehmen
Vorlage: VO/2022/11326**

Es diskutieren, insbesondere zur Erwartungshaltung an eine Aufgabenkritik, – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Bürgermeister Lindenau, Am Rathcke, AM Dr. Flasbarth und AM Prieur.

AM Dr. Flasbarth beantragt die Änderung des Antrages wie folgt: Die Sätze 1 und 2 sind zu streichen. Satz 3 habe weiterhin bestand.

Es sprechen AM Reinhardt, Am Haltern und Herr Bürgermeister Lindenau.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag des AM Dr. Flasbarth abstimmen.

**Der Hauptausschuss lehnt die Änderung des Antrages mehrheitlich
(3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen) ab.**

Der Vorsitzende lässt sodann über den Ursprungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Aufgabenkritik als Teil der Haushaltsplanung wieder aufzunehmen, um einem weiteren Anstieg der Personalkosten entgegen zu wirken.

Ziel der Aufgabenkritik ist, dass Personalzuwächse, die durch die Übernahme neuer Aufgaben entstehen, durch die Reduktion von überkommenen Aufgaben mindestens kompensiert werden.

Der Bürgermeister möge bis zur Sitzung für die Aufstellung des Haushalts 2023 berichten, wie der Prozess der Aufgabenkritik in der Stadtverwaltung verankert wird. In der Folge soll die Berichterstattung über die Fortschritte der Aufgabenkritik im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-04**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 7.2 AM Pluschkell (SPD) + Löttsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-06**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 7.3 FREIE WÄHLER & GAL: Betrieb einer Eisbahn durch die Stadtwerke Lübeck GmbH
Vorlage: VO/2022/11403**

AM Misch zieht den Antrag zurück.

**zu 7.4 AM Birte Duggen u. AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Energie sparen in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11427**

Es spricht AM Dr. Flasbarth zu dem Antrag.
Herr Bürgermeister Lindenau geht auf die einzelnen Punkte des Antrages ein.
Es sprechen der Vorsitzende, AM Rathcke und AM Prieur.

Beschluss:

Als Lübecks Beitrag zur Minderung von drohenden Knappheiten bei Gas und Strom, zur Einsparung von CO₂ und Reduzierung der gestiegenen Kosten für Privat- und Unternehmenskunden, wird der Bürgermeister aufgefordert, schnellstmöglich folgende Energiesparmaßnahmen umzusetzen.

Lübecker Verwaltung

- Reduzierung Temperatur in Hallenbädern von 26 auf 24 Grad und analoge Senkung der Lufttemperatur.
- Abschalten von Raumluftkühlungsanlagen und Drosselung von mechanischen Lüftungsanlagen
- Sofortiges Austauschprogramm aller Leuchtmittel durch LED-Beleuchtung im Innenbereich (Energieeinsparung bis zu 90%) und Umrüstung von Dauerbeleuchtung mit Bewegungsmeldern, inkl. Ausstattung GMHL mit notwendigen Personalressourcen.
- Verzicht auf die Eisbahn auf dem Markt.
- Unmittelbarer Projektstart zur sukzessiven Umrüstung der Gaslaternen auf LED-Technik (Gasverbrauch entspricht dem Heizbedarf von ca. 100 Privathäusern)
- Überprüfung der Nachtabschaltung von Ampelanlagen, wenn aus Gründen der Verkehrssicherheit leistbar, und Ausbau von Induktionsschleifen.
- Reduzierung der Vorlauftemperatur von Warmwasser in Sporthallen, wo möglich.
- Verzicht auf Public Viewing Events im Freien bei der Fussball-WM in Katar.

Für weitere kurzfristige Maßnahmen: Einrichtung einer Task Force "Energiesparen" mit dediziert (teil-)freigestellten Verwaltungsmitarbeiter*innen, um Energiesparpotentiale zu identifizieren und ihre Umsetzung zu planen und zu begleiten (Vorbild z.B. Hannover, Essen). Ansatzpunkte sind u.a.:

- Reduzierung elektrischer Geräte durch Pooling, z.B. Drucker.
- Freiräumen von Heizkörpern von Möbeln und Gardinen.
- Organisatorische Begleitung, Kommunikation und Umsetzung von Verhaltensänderungen der Mitarbeiter*innen (Energiesparend Lüften, Ausschalten von Geräten, effizient Heizen etc.).
- Austausch von ineffizienten Heizkörpern

Für weitere mittelfristige Maßnahmen (Start sofort): Einführung eines strukturierten "Kommunalen Energiemanagements" zur Identifikation und Umsetzung von nicht- und gering-investiven Maßnahmen ohne Komforteinbußen bis hin zur Zertifizierung als „Kommune mit ausgezeichnetem Energiemanagement“ (Personal und z.T. auch Investitionen sind förderfähig).

Unternehmen

- Ausbau und verstärkte Unterstützung der Nachhaltigkeitsberatung ÖKOPROFIT für Analyse und Umsetzungshilfe von Energie- und CO2-Einsparpotentialen in Lübecker Unternehmen.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Gastro" (inkl. DEHOGA, IHK, WiFö etc.) zur freiwilligen Reduzierung von Heizpilzen im Freien.uz7

Private Verbraucher*innen

- Veranstaltung einer Energiesparkonferenz (Vorbild z.B. Lüneburg).
- Durchführung einer umfangreichen Informationskampagne (Vorbild z.B. Köln).

Zudem wird der Bürgermeister aufgefordert, die Umsetzung erfolgreicher Projekte zum Energiesparen aus anderen Städten für eine Umsetzung in Lübeck zu überprüfen. Hierzu zählen z.B.

- Spielerische Energiespar-Challenges wie in Flensburg und Nürnberg
- Energiesparwettbewerbe wie in Ludwigsburg, bei den Stadtwerken München oder für Kitas und Schulen in München
- Mobiler Beratungsservice "Klimamobil" in Düsseldorf

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:19 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:21 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 16.1 Abstimmung zur Vorlage unter TOP 5.6: Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit lässt der Vorsitzende über die Vorlage unter TOP 5.6 abstimmen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Vorsitzende gibt abschließend bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Berichte und Vorlagen des Bürgermeisters behandelt wurden.

Lübeck, den 17. Oktober 2022

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

Sondersitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung (gemeinsam mit dem Bauausschuss)

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2022
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:22 Uhr
Sitzungsort:	Drägerforum, Finkenberg 33, 23558 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvert. Fraktionsvorsitzender	ab 16:33 Uhr / TOP 4.1
Sabine Haltern - SPD Stellvert. Fraktionsvorsitzende	ab 16:33 Uhr / TOP 4.1
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	Vertretung für: Frau Birte Duggen
Ulrich Krause - CDU Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Lars Lehrke - Die Unabhängigen	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender	
Peter Reinhardt - SPD Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Bernhard Simon - CDU	
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende	
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender	
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Sophie Bachmann - Fraktion 21	
Günther Frings - Die Unabhängigen	
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	
Jan Ingwersen - CDU	

Uwe-Jens Iwers - BfL	
Bastian Langbehn - Fraktion Vielfalt Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Jochen Mauritz - CDU-Fraktion	ab TOP 5.1
Dalila Mecker - DIE LINKE	
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD	ab TOP 5.1
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Elfi Rostkowski - SPD	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Nicholas Benz - FBC FB 5	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Kristin Gercke -	
Marion Höfs - FBC FB 4	
Ronny Hopp - FBC FB 1	
Annika Neuwirth - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Markus Toll - FBC FB 5	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Christopher Lötsch - CDU	- entschuldigt - Teilnahme als Vorsitzender des Bauausschusses
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4	Berichte	
4.1	Sachstandsbericht zu den aktuellen Parkhausneubauten	VO/2022/11422
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2023	VO/2022/11299
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Petereit, der in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Lötsch, die heutige gemeinsame Sitzung des Haupt- und Bauausschusses leitet, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es erfolgt ebenfalls eine Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Lötsch, welcher anschließend das Wort wieder an den Vorsitzenden der gemeinsamen Sitzung übergibt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende erläutert den heutigen Sitzungsverlauf. Er teilt hierzu mit, dass zunächst eine gemeinsame Beratung des Haupt- und Bauausschusses zu Tagesordnungspunkten 4.1 und 5.1 erfolge.

Im Anschluss werde die gemeinsame Sitzung beendet und der Bauausschuss berät in alleiniger Sitzung über weitere Tagesordnungspunkte.

Frau Bachmann bittet um Mitteilung, ob in der heutigen Sitzung eine Beratung zum Antrag betreffend eine Skateanlage in Travemünde erfolge. Herr Lötsch teilt hierzu mit, dass dieser Antrag unter TOP 7.1 auf der Tagesordnung des Bauausschusses vorgesehen sei und im Anschluss der gemeinsamen Sitzung in alleiniger Sitzung des Bauausschusses beraten werde. Eine Abstimmung über die Dringlichkeit sei entbehrlich. Die Betitelung als Dringlichkeitsvorlage sei versehentlich erfolgt.

Der Vorsitzende der gemeinsamen Sitzung führt im Weiteren erläuternd aus, dass der Antrag betreffend eine Skateanlage in Travemünde ausschließlich für den Bauausschuss gestellt worden sei und daher eine Beratung im Hauptausschuss nicht erfolge. Ebenso gelte dies für den unter TOP 6.1 der Tagesordnung des Bauausschusses vorgesehenen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft.

Den Mitgliedern des Hauptausschusses stehe es offen, bei den weiteren Beratungen anwesend zu bleiben.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Es liegt nichts vor.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Sachstandsbericht zu den aktuellen Parkhausneubauten
Vorlage: VO/2022/11422**

Herr Iwers fragt bzgl. des Parkens von E-Autos, welche Sicherheitsmaßnahmen unternommen werden würden. Er wisse von einem amerikanischen Parkhaus, was aufgrund eines brennenden E-Autos eingestürzt sei.

Frau Hagen antwortet, dass der Bericht den Anfang der Planung abbilde und die ersten Auftragnehmer beauftragt werden würden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushalt 2023
Vorlage: VO/2022/11299**

Herr Uhlig stellt den Haushalt anhand einer Präsentation vor, die als Anlage der Niederschrift beigelegt ist. Er weist in dem Zusammenhang auf den interaktiven Haushalt hin.

Herr Pluschkell und Herr Mauritz betreten den Raum.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (39,4 Mio. Euro):

Er weist in dem Zusammenhang auf die Übersicht zu den Straßenmaßnahmen hin, die vorab zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Ramcke fragt, ob es keine Verkehrsschwierigkeiten gebe, wenn die Maßnahmen zur Marienbrücke und zur Bahnhofsbrücke parallel laufen würden. Weiterhin sei für den Umbau für Geh- und Radwege eine niedrigere Summe ab 2024 vorgesehen, er würde dafür plädieren, dass Gelder in gleichbleibender Höhe eingestellt werden würden.

Herr Uhlig antwortet, dass die Maßnahmen der Bahnhofsbrücke und der Marienbrücke aufeinander abgestimmt seien. Demnächst werde die Verwaltung auch einen Bericht zum Brückenbau vorlegen.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass der Bericht bereits auf der Tagesordnung für den Bauausschuss am 19.09.2022 eingestellt sei. Bei den Mitteln, die für die Marienbrücke eingestellt seien, handle es sich um Planungskosten.

Herr Uhlig führt weiterhin aus, dass es bei dem Ausbau der Radwege in den letzten Jahren deutliche Steigerungen gegeben habe und dies auch fortgesetzt werden solle, aber noch keine Detailplanungen vorliegen würden.

Herr Pluschkell bittet darum, dass bei zukünftigen Haushaltsplanungen die Mittel für den ÖPNV separat aufgeführt werden.

Herr Uhlig sagt zu, die Bitte zum nächsten Haushalt zu beachten und zu den ÖPNV-Maßnahmen ggf. gesondert zu berichten.

AM Dr. Flasbarth fragt, ob noch Maßnahmen ausstehen, die für den Bau des Radschnellwegs benötigt werden würden.

Frau Senatorin Hagen erklärt, dass zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie seitens der Verwaltung zugesagt worden sei, Informationen zur Verlagerung der Verkehre zur Verfügung zu stellen, was mittels des Verkehrsmodells erfolge, welches Ende dieses Jahres vorliegen solle. Die Verwaltung werde dazu berichten. Weiterhin befinde die Verwaltung sich in Gesprächen mit dem Innenministerium, die Maßnahme solle insgesamt mit einer Förderquote von bis zu 90% gefördert werden. Die Zeitschiene sei konservativ angelegt, wenn die Maßnahme vorgezogen werden könne, werde man dies tun.

Herr Ramcke fragt, welche Maßnahmen an der Lachwehrbrücke gemacht werden müssten. Er dachte, dass die Brücke gerade erst neu gemacht worden sei.

Herr Uhlig antwortet, dass die Brücke einer kurzfristigen Instandsetzung bedürfe, sonst würden Verkehrseinschränkungen drohen.

Herr Vorkamp fragt, warum es so schwerfalle, die Einzahlungssummen pro Maßnahme im Haushalt auszuweisen.

Herr Uhlig führt aus, dass es für die Verwaltung nicht immer einfach sei, mit konkreten Einzahlungsbeträgen in den Haushalt zu gehen, da diese nicht immer vorliegen würden, aber die Stadt ihren Eigenanteil darlegen müsse. Wo bekannt sei, dass mit einer bestimmten Förderquote gerechnet werden könne, werde diese eingetragen, aber bei Projekten ohne Förderbescheid gestalte es sich schwierig.

AM Dr. Flasbarth sagt, dass nächstes Jahr als Radwegmaßnahmen nur die Jürgen-Wullenwever-Straße und der Radweg von Travemünde nach Warnsdorf geplant seien und fragt, ob nach Jahren des Stillstandes nicht noch weitere Radwege ausgebaut werden könnten.

Frau Senatorin Hagen entgegnet, dass darüber hinaus der Radwegausbau in der Mecklenburger Straße und die Maßnahme Stadtgrabenbrücke anstünden und auch der Radschnellweg so kurzfristig wie möglich umgesetzt werden solle. In der Regel verfüge die Verwaltung nicht über Vorratsplanungen. Die Informationen, an welchen Maßnahmen gearbeitet werde, würden aber ansonsten regelmäßig im Runden Tisch Radverkehr präsentiert.

Herr Vorkamp möchte wissen, ob die Bahnhofsbrücke ohne Förderbescheid gebaut worden sei.

Herr Uhlig antwortet, dass es dazu mit Sicherheit Fördermaßnahmen gebe.

Herr Vorkamp sagt, dass er basierend auf der letzten Antwort davon ausgegangen sei, dass ein Gesamtförderbescheid vorliege.

Frau Senatorin Hagen erläutert, dass noch mit dem Ministerium diskutiert werden müsse, wie die Kosten am Ende verteilt werden würden und festgesetzt werde, welche Kosten anrechenbar seien. Es sei schwer, die abschließende Höhe aller Fördermittel abzusehen. Ganz konkrete Zahlen könnten erst nach der Abrechnung genannt werden.

Frau Bachmann fragt, ob ein Radweg zur neuen Begegnungsstätte geplant sei.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass im Moment kein zusätzlicher Radweg vorgesehen ist.

Herr Lindenau ergänzt, dass die Erreichbarkeit sichergestellt sei.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Schulbau (16,3 Mio. Euro):

AM Jenniches fragt, warum die Kosten bei der Grundschule am Koggenweg so stark angestiegen seien.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass die Verwaltung berichtet habe, dass unterschiedliche Varianten untersucht worden seien und verweist auf die dazugehörigen Vorlagen, in denen die Umsetzungsmöglichkeiten beschrieben werden.

Herr Ramcke sagt, dass es mehrere Haushaltstitel gebe, in denen auf abgängige Zaunanlagen verwiesen werde, er wolle wissen, warum diese nicht in einem Titel gebündelt werden würden.

Herr Uhlig entgegnet, dass die Investitionen, die an einer einzelnen Schule vorgenommen werden würden, auf die verschiedenen Produkte verteilt werden müssten.

Herr Ramcke wünscht, dass in Zukunft genauer angegeben werde, wofür einzelne Titel seien.

Herr Uhlig weist darauf hin, dass es auch teilweise mit der Haushaltssystematik zusammenhänge.

Das stellv. AM Kleyer fragt, wie sich das Karstadtgebäude auf den OzD-Dachgeschossausbau auswirke und wie am Ende mit der Heizsituation umgegangen werden solle, wenn aufgrund von Corona wieder viel gelüftet werden müsse.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass es im Bauausschuss einen Bericht gegeben habe, in dem dargestellt worden sei, dass das Karstadtgebäude und der OzD-Dachgeschossausbau unabhängig voneinander seien.

Frau Senatorin Hagen erläutert, dass die Verwaltung derzeit das Planungsteam für das Karstadtprojekt aufstelle und man sich darauf vorbereite in die Planung zu gehen, parallel würden bereits Gespräche mit den Partnern stattfinden und es werde sich um Fördermittel bemüht werde. Beispielsweise gebe es Bundesfördermittel aus dem Programm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren. Sie kündigt an, dass demnächst eine Vorlage zu einem weiteren Förderprogramm den Gremien vorgelegt werde. Nächstes Jahr werde geplant und eine EW-Bau erstellt, anschließend könne ein besserer Zeitplan vorgelegt werden. Die Maßnahme OzD laufe parallel.

Herr Howe fragt, wann die Container für die Schule am Stadtpark am Adolfsplatz aufgestellt werden würden.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

AM Rathcke möchte wissen, mit welchem Faktor die Verwaltung die Kostensteigerungen der letzten Monate berücksichtige.

Herr Uhlig erklärt, dass Mehrkosten für die Projekte im nächsten Jahr inkludiert seien, allerdings werde hierbei auf das einzelne Projekt abgestellt. Eine pauschale Mehrkostenerhöhung werde nicht angenommen, es werde nach bestem Wissen und Gewissen kalkuliert.

Herr Ramcke fragt, wo das Thema Busbeschleunigung einsortiert sei.

Herr Benz antwortet, dass die Maßnahme Lichtsignalanlagen konsumtiv geordnet sei.

Herr Pluschkell fragt, ob die Maßnahmen, die die Lübecker Bürgerschaft zur Busbeschleunigung beschlossen habe, im Haushalt geordnet seien.

Herr Uhlig bejaht dies.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hafen (16,3 Mio. Euro):

Herr Frings kritisiert die Hafenplanung und das Refinanzierungsmodell für Infrastrukturinvestitionen. Seiner Ansicht nach sollten nur Projekte genehmigt werden, die wirklich absolut notwendig für den Hafen wären.

Herr Bürgermeister Lindenau erwidert, dass die Maßnahmen auf dem Hafenentwicklungsplan basieren würden, den die Bürgerschaft beschlossen habe. Er erläutert die Funktionsweise und die Vorteile, die das Refinanzierungsmodell mit der LHG für die Hafeninfrastruktur biete.

Herr Howe bittet um Informationen, ob etwas an der Fläche am Stau geplant sei.

Herr Uhlig sagt, dass dies ein laufender Titel sei, der im nächsten Jahr nur die laufende Unterhaltung beinhalte.

AM Dr. Flasbarth sagt, dass er es nicht nachvollziehen könne, was der Stand der Landstromanlagen sei und fragt, was mit den Geldern gemacht werden solle, die dafür noch eingestellt seien.

Herr Uhlig weist auf den interaktiven Haushalt hin, die Maßnahmen seien darin auch erläutert.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass für 2023 vier weitere Anlagen vorgesehen seien, die sich derzeit in Planung befänden. Der Gesamtstand müsse nachgeliefert werden.

Herr Ingwersen führt aus, dass zum Haltepunkt am Bahnhof Skandinavienkai Unterlagen zugesagt worden seien, die immer noch nicht vorliegen würden. Weiterhin wolle er wissen, ob Landstromanlagen für den Ostpreußenkai geplant seien.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass für den Ostpreußenkai nichts geplant sei und zum Bahnhof am Skandinavienkai sich eine Vorlage in der Finalisierung befinde, die im November den Gremien vorgelegt werden solle.

Herr Stolzenberg sagt, dass die Positionen, die sich aus dem Planfeststellungsverfahren zum Skandinavienkai ergeben hätten, jährlich immer wieder aufgeführt werden würden, daher wolle er wissen, wann diese endlich umgesetzt würden. Außerdem verzichte die Hansestadt Lübeck jährlich auf die Pacht für Flächen, die die LHG nutze.

Herr Bürgermeister Lindenau entgegnet, dass auf die Pacht nicht verzichtet werde, sondern sie gestundet werde.

Herr Uhlig erklärt, dass einige Maßnahmen tatsächlich länger in den Haushaltplanungen enthalten seien, dies sei aber auch durch den Planungsvorlauf oder die Notwendigkeit, einzelne Maßnahmen zu verschieben begründet. Die letzten Jahre sei es aber enger zusammengefasst worden, damit die Umsetzungsquote gesteigert werden könne, bei der die Hansestadt Lübeck auch führend im Land sei.

Herr Frings sagt, dass in dem Rahmen auch dargestellt werden müsse, dass die LHG in den letzten Jahren Verluste gemacht habe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die heutige Veranstaltung zur Information gedacht sei, die Diskussion könne in der Bürgerschaft erfolgen.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hochbau (9 Mio. Euro):

AM Haltern fragt, ob die Stadt es sich leisten könne, die Maßnahme Standesamt erst 2027 anzugehen, wissentlich dessen, dass das Gebäude beschädigt sei.

Herr Uhlig sagt, dass für die Lindesche Villa die EW-Bau für Ende dieses Jahres fest eingeplant sei. Das Projekt sei am Laufen und es werde mit einer Förderquote von 50% gerechnet.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass das Problem nicht die Haushaltsmittel seien, sondern die Personalressourcen, die für dringendere Projekte verplant seien. Eine Lösung dafür habe noch nicht gefunden werden können.

Herr Ramcke bittet um Informationen zur Grundinstandsetzung des Theaters.

Frau Senatorin Hagen erklärt, dass sich die Verwaltung derzeit in der Voruntersuchung und in Gesprächen mit dem Fördermittelgeber befinde. Es habe aufgrund von Corona viele Verzögerungen gegeben. Es solle demnächst ein Zwischenstand berichtet werden.

Herr Lötsch möchte wissen, wo im Haushalt die Planungen für das neue Verwaltungszentrum untergebracht seien.

Herr Uhlig entgegnet, dass es dafür noch kein Einzelprojekt gebe.

Herr Lötsch sagt, dass es dann ein in einem der Sammeltitel enthalten sein müsse.

Herr Uhlig erläutert, dass es immer Sammeltitel für Planungsmaßnahmen gebe, zu dieser Maßnahme gebe es aber noch keine Einzelinvestitionsmaßnahme.

AM Dr. Flasbarth fragt, ob die zehn energetischen Sanierungen, die für den Haushalt 2021 beschlossen seien, umgesetzt wären und wenn ja, warum keine neuen umgesetzt werden würden. Falls die noch nicht umgesetzt seien wolle er wissen, wann dies geschehen solle. Frau Senatorin Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Mauritz bittet um Informationen, was mit dem Parkhaus am Fahrenberg sei.

Frau Senatorin Hagen verweist auf den Bericht zu den sich in Planung befindlichen Parkhäusern, der auf der Tagesordnung dieser Sitzung sei.

AM Dr. Flasbarth führt aus, dass die Flutlichtanlagen von 14 Sportplätzen erneuert werden sollen und dafür sieben Jahre veranschlagt seien. Er möchte wissen, ob dies nicht schneller gehe, warum die Personalkapazitäten für diese Maßnahme nicht aufgestockt werden würden und warum nicht auch die Fluchtlichtanlagen der anderen Sportplätze gegen LED-Anlagen ausgetauscht werden würden.

Frau Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Pluschkell kritisiert, dass seine Anfrage zur Umsetzung der Haushaltbeschlüsse noch nicht beantwortet worden wäre.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass die Antwort bereits zur Nachtragtagesordnung eingereicht worden sei.

AM Dr. Flasbarth fragt, wie viel Geld für die Brandschutzmaßnahmen für das Heiligen-Geist-Hospital eingestellt worden wäre, er habe dazu nichts finden können. Falls dazu nichts eingestellt worden sein sollte, wolle er wissen warum. Weiterhin wolle er wissen, ob die Nutzung der Heizung die Bausubstanz angreife.

Frau Hagen antwortet, dass es zum Brandschutz noch Abstimmungen gebe, es werde aber sicherlich bald möglich sein, das Thema vorzustellen. Zur zweiten Frage sagt sie eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehr (12 Mio. Euro):

Das beratende AM Möller fragt, ob Feuerwehrfahrzeuge auch mit anderen Gemeinden zusammen beschafft werden.

Herr Senator Hinsen antwortet, dass die Möglichkeit bestehe und es auch teilweise gemacht werde, aber alle Kommunen unterschiedliche Fahrzeugpläne hätten, wann welche Feuerwehrfahrzeuge abgängig seien, daher sei es nicht immer möglich.

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, warum die Hansestadt Lübeck keine elektrischen Rettungsfahrzeuge einsetze.

Herr Senator Hinsen erklärt, dass dies im Bereich der kleineren Fahrzeuge bereits gemacht werde, im Bereich der Spezialfahrzeuge entwickle sich der Markt gerade erst entsprechend, es seien noch nicht genug Fahrzeugtypen auf dem Markt verfügbar. Die Verwaltung habe dies aber im Blick.

Herr Stolzenberg vermisst das Haus Kronsforde in der Aufstellung der Feuerwehrgerätehäuser.

Herr Senator Hinsen antwortet, dass das Projekt laufe, aber im Budget des GMHL geordnet sei.

Herr Iwers hakt nach, ob Elektroautos, wenn der Strom ausfalle geeignet seien.

Herr Hinsen sagt, dass dies derzeit kein Thema sei, da keine konkrete Beschaffung geplant sei, die Feuerwehr ihre Fahrfähigkeit aber immer sicherstelle.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Sporthallen, Grün- und Sportflächen (2,9 Mio. Euro):

Wortmeldungen bestehen hierzu nicht.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Erschließung (21 Mio. Euro):

AM Dr. Flasbarth fragt, worum es sich bei Erbbaurechtsentschädigungen handle.

Herr Uhlig erläutert, dass es sich um einen Titel handle, um als Stadt in der Lage zu sein, Entschädigungen zu zahlen, beispielsweise damit im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen mit den Eigentümern von Flächen in Verhandlung getreten werden könne.

AM Haltern fragt, was in den Konten 7821000 und 7852000 jeweils abgebildet sei und wo das Baufeld Bertlingstraße im Haushalt abgebildet ist.

Herr Uhlig sagt, dass das eine Konto für den Ankauf von Grundstücken, und das andere für die Baureifmachung von Grundstücken, beispielsweise eine Altlastensanierung, vorgesehen sei. Es seien Sammeltitel, die die Handlungsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen sollen. Bei der Bertlingstraße sei eine aktive Bearbeitung aufgrund mangelnder Personalkapazitäten nicht möglich, daher sei es nicht mitaufgenommen worden.

Herr Löttsch entgegnet, dass im Bauausschuss gesagt worden sei, dass mit der Maßnahme im Herbst begonnen werden solle und es deswegen geordnet hätte werden sollen.

Frau Senatorin Hagen erklärt, dass aufgrund von Elternzeit die Personalkapazitäten weggebrochen seien. Es sei aber beabsichtigt, dort Fortschritte zu erzielen und die Wettbewerbsauslobung auszuarbeiten.

AM Dr. Flasbarth bittet um Informationen, wo er nach Projekten für Smart City suchen müsse.

Herr Uhlig antwortet, dass es verschiedene Förderprojekte gebe, die für die digitale Infrastruktur im Bereich DOS gebündelt worden seien und auch im Produkt DOS abgebildet wären.

Herr Uhlig weist erneut auf den interaktiven Haushalt hin. Bestehende Fragen sollen bis zur Sitzung der Bürgerschaft beantwortet werden und die gezeigte Präsentation werde mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Ramcke bittet für spätere Planungen um eine Suchfunktion für den interaktiven Haushalt und dass eine bessere Identifikation der Titel anhand der Überschriften möglich werde. Herr Uhlig drückt sein Verständnis aus und erläutert kurz die Funktionen des interaktiven Haushalts.

Der Vorsitzende beantragt, dass der Hauptausschuss die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weitergebe.

Der Hauptausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Löttsch beantragt, dass der Bauausschuss die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weitergebe.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Anmerkung zu Protokoll:

Eine Übersicht mit den zur Beantwortung offen gebliebenen Fragen und den zwischenzeitlich vorliegenden Antworten ist der Niederschrift zu diesem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2023, bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
den Ergebnis- und Finanzplänen gesamt und je Produkt	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten Anlage 5

werden zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2023 vorgesehenen Aufwandskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

3. Ergänzend werden der Abschluss der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 6a
und weitere Konsolidierungsmaßnahmen Anlage 6b

wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt Anlage 7

beschlossen.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 120 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 1.034.539.800 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 1.032.716.400 EUR
einen Jahresüberschuss von 1.823.400 EUR
einen Jahresfehlbetrag von

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender

Verwaltungstätigkeit auf einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	995.440.800 EUR
Verwaltungstätigkeit auf einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus	963.723.200 EUR
Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus	155.060.600 EUR
Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	189.481.200 EUR

festgesetzt.

(Stand: 15.08.2022)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen 68.000.300 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 59.535.000 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 295.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf 4.077,208

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2023 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2022 (3.949,246 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2023 um die sich aus der

Anlage 3

ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 festgesetzt: 4.077,208 Planstellen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:22 Uhr die gemeinsame Sitzung. Da keine Tagesordnungs-

punkte für den nichtöffentlichen Teil vorgesehen sind, unterbleibt der Einstieg in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.
Der Bauausschuss fährt in alleinige Sitzung fort..

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 17. Oktober 2022

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung